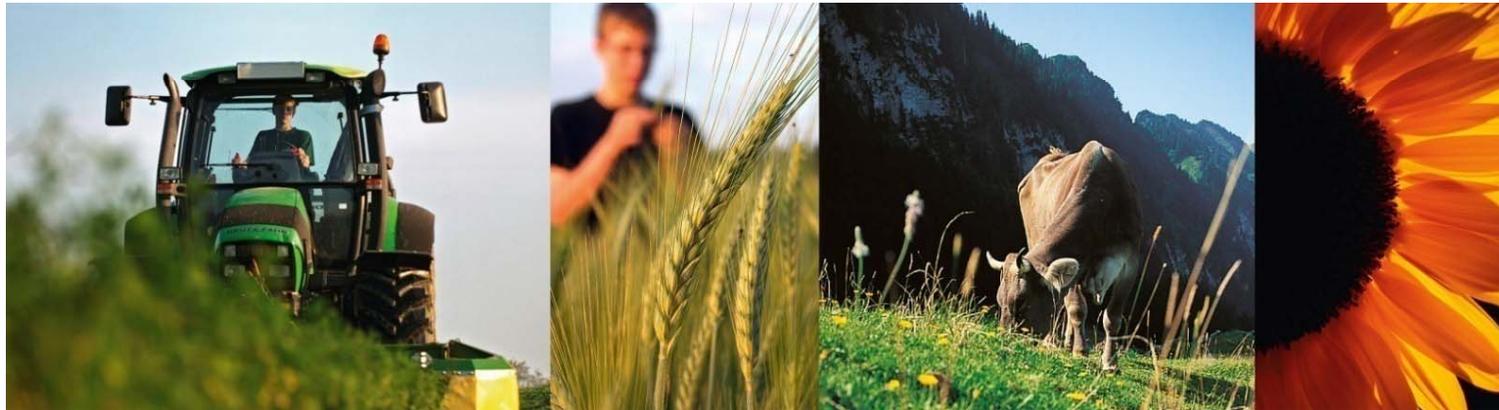




Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD
Bundesamt für Landwirtschaft BLW

Agrarpolitik 2014-2017



Botschaft des Bundesrates

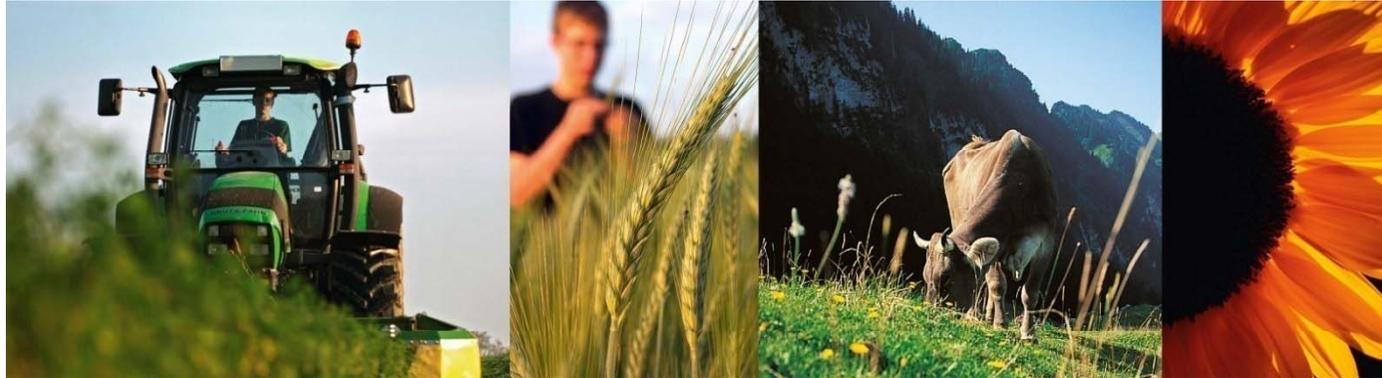


Mit der AP 14-17 die Effizienz der Massnahmen verbessern...

- ...zur Unterstützung der **Innovation** in der Land- und Ernährungswirtschaft
- ...zur Verbesserung der **Wettbewerbsfähigkeit**
- ...zur gezielteren Förderung der **gemeinwirtschaftlichen Leistungen**

damit

- ...steigt die **Produktion** in Umfang und Qualität
- ...trägt die Landwirtschaft Sorge zur **Umwelt**
- ...verbessert sich das **Einkommen** der Bauernfamilien



1. Ausgangslage

- Einflussfaktoren auf die Agrarpolitik
- Bisherige Entwicklung
- Zentrale Herausforderungen
- Strategie und Ziele



Ausgangslage

Innenpolitische Einflussfaktoren auf die Agrarpolitik

- Weiterentwicklung Direktzahlungssystem (Mo. WAK-S)
- Qualitätsstrategie (Mo. Bourgeois)
- Versorgungssicherheit, Ernährungssouveränität (Mo. V. Siebenthal, parl. Iv. Bourgeois)
- Ressourcenknappheit und Klimawandel (Po. Stadler, Po. Graf)
- Rechtliche Verpflichtung, Zahlungsrahmen vorzulegen (Art. 6 LwG)



Ausgangslage

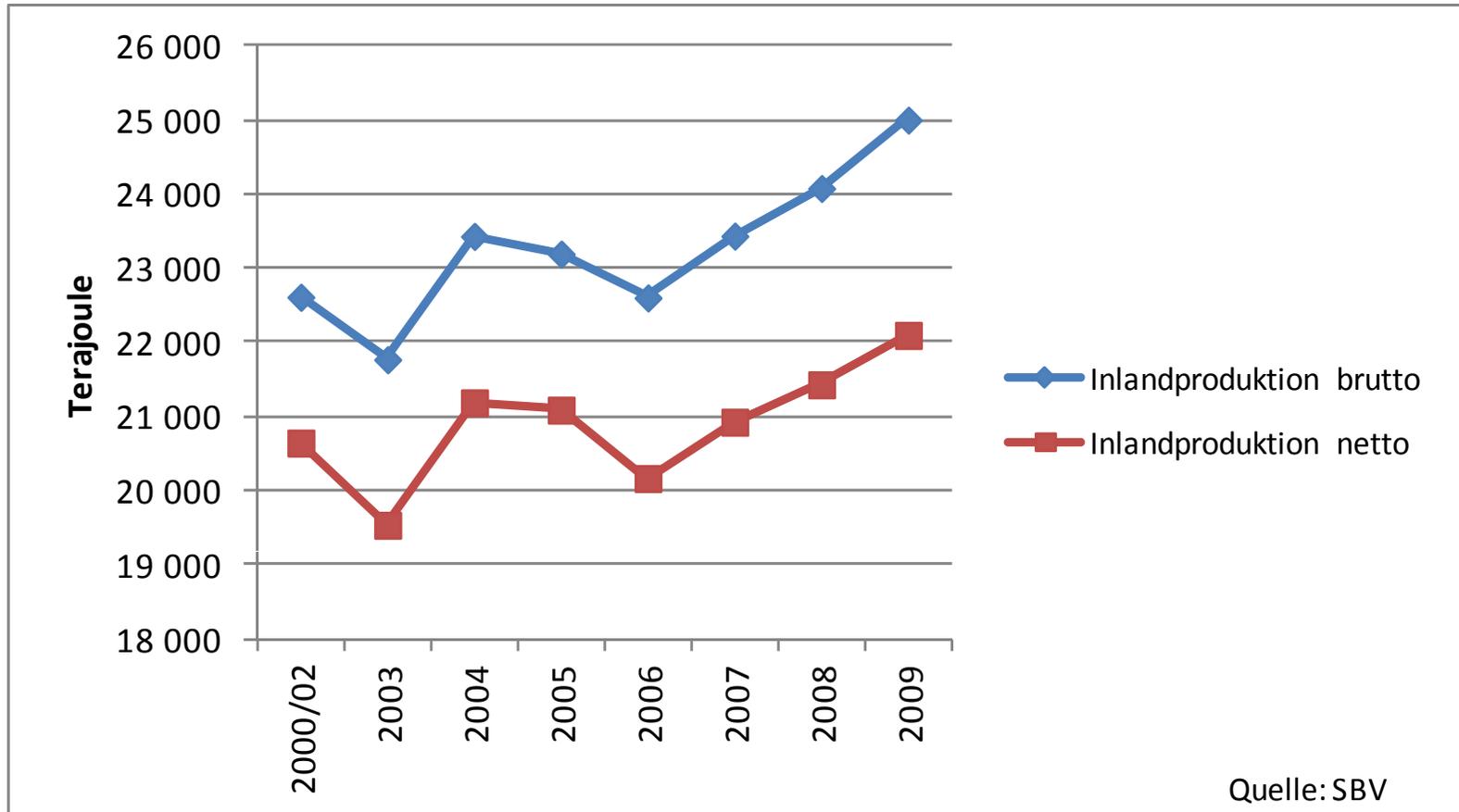
Aussenpolitische Einflussfaktoren auf die Agrarpolitik

- WTO Doha-Runde: Verbesserter Marktzugang und Abbau der Zölle
→ Abschluss offen
- Landwirtschafts-, Ernährungs- und Gesundheitsabkommen mit der EU: Abbau tarifärer und nicht tarifärer Handelshemmnisse
→ Abschluss offen
- Freihandelsabkommen mit Drittländern: Verstärkter Druck auf Marktzugang auch für Landwirtschaft



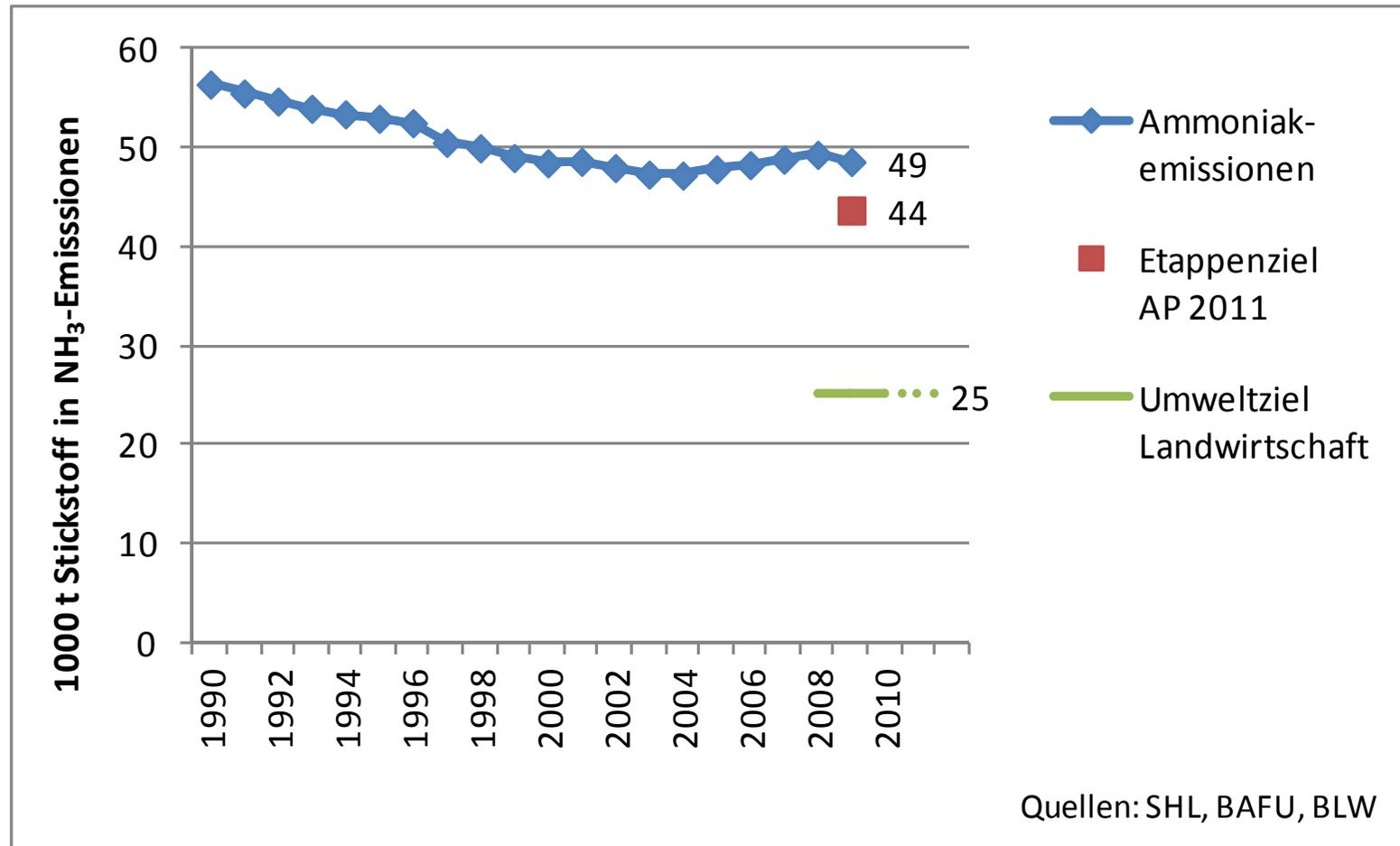
Ausgangslage: Bisherige Entwicklung

Landwirtschaftliche Produktion





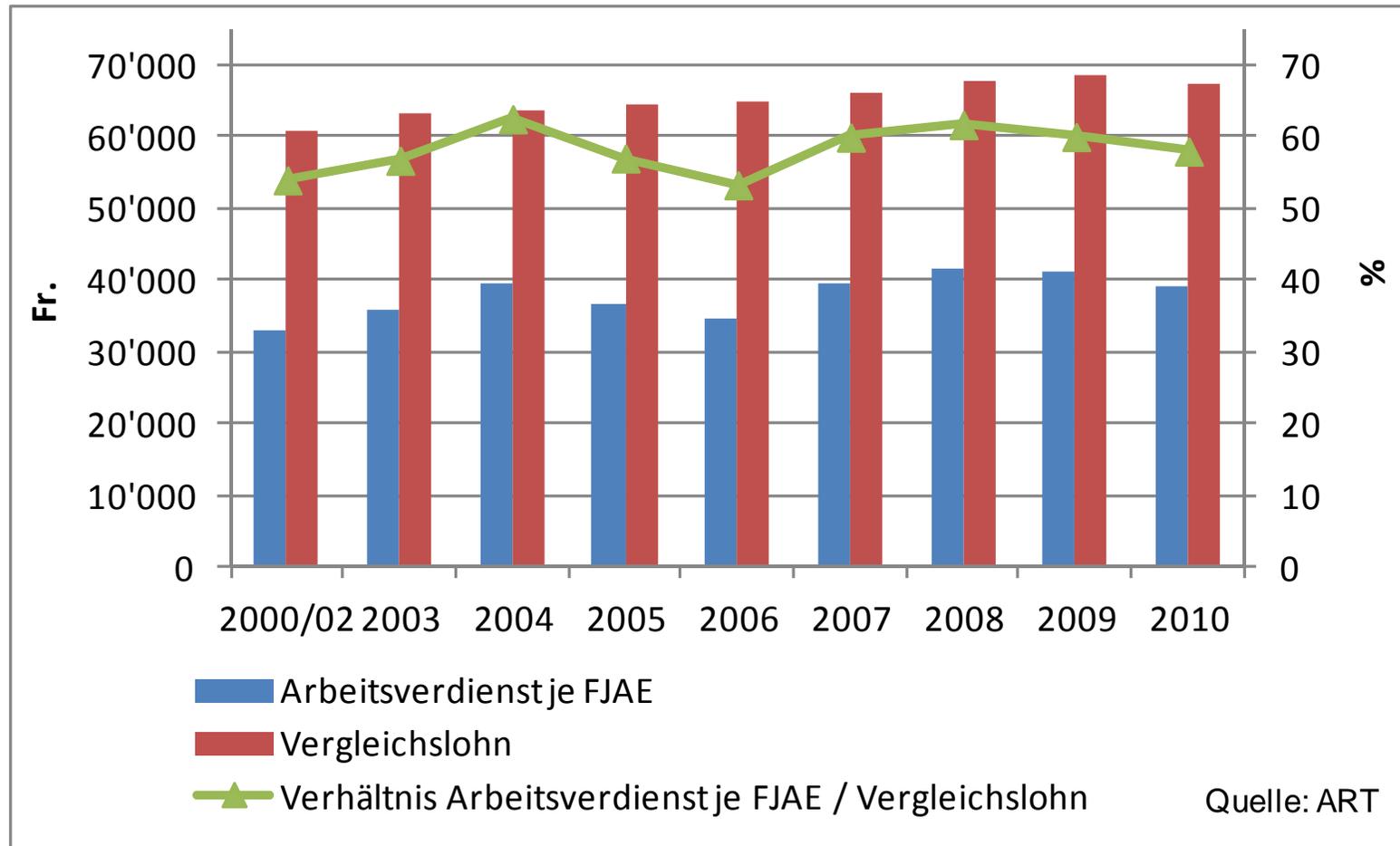
Ausgangslage: Bisherige Entwicklung Stickstoffverluste am Beispiel Ammoniakemissionen





Ausgangslage: Bisherige Entwicklung

Verhältnis Arbeitsverdienst und Vergleichslohn





Ausgangslage

Zentrale Herausforderungen



- Produktionspotenzial optimal nutzen
- Bodenschutz verstärken



- Ressourceneffizienz steigern
- Konsumenten sensibilisieren



- Landschaftsvielfalt fördern
- Flächen offenhalten



- Qualität in Wert setzen
- Produktionskosten senken



- Marktöffnung abfedern
- Unternehmertum stärken



Ausgangslage

Die Schwerpunkte der Strategie

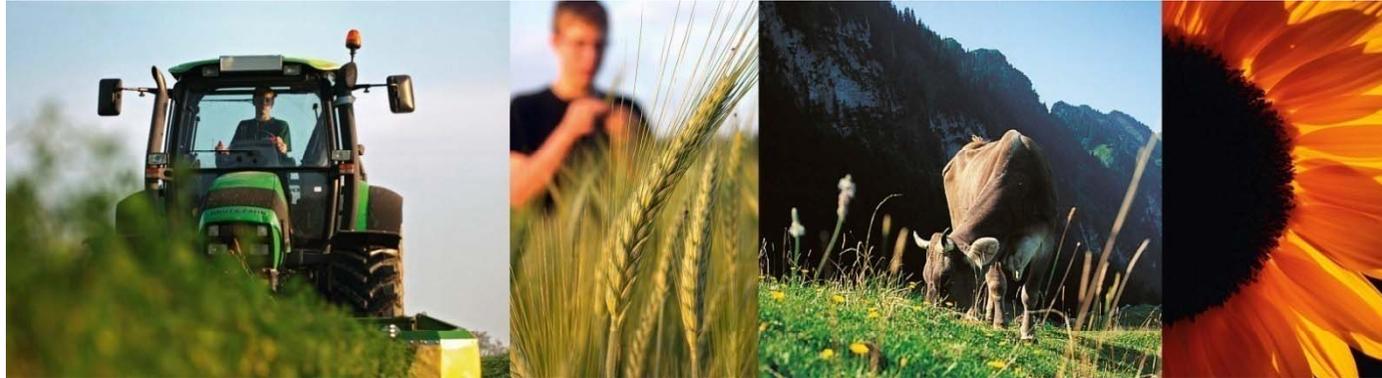




Ausgangslage

Ziele der Agrarpolitik 2014-2017

Zielbereich	Aspekt	Stand 2007/09	Ziele 2017
Ökonomie	Arbeitsproduktivität	+2,1% p.a.	+2,1 % p.a.
	Kapitalerneuerung	30 Jahre	30 Jahre
Soziales	Sektorales Arbeits-einkommen	-0,7 % p.a.	Reduktion des Einkommensrückgangs auf unter 0,5 % p.a.
Sichere Versorgung	Bruttoproduktion	24 200 TJ	24 500 TJ
	Nettoproduktion	21 500 TJ	22 100 TJ
	Landwirtschaftlich genutzte Fläche im Dauersiedlungsgebiet	-1 900 ha p.a.	Reduktion des Flächenverlusts auf unter 1 000 ha p.a.
Natürliche Lebensgrundlagen / Ökologie	Stickstoffeffizienz	29 %	33 %
	Phosphoreffizienz	59 %	68 %
	Ammoniakemissionen	48 600 t N	41 000 t N
	Quantität der BFF	60 000 ha BFF im Talgebiet	65 000 ha BFF im Talgebiet
	Qualität der BFF	36 % der BFF vernetzt, 27 % der BFF mit Qualität	50% der BFF vernetzt, 40% der BFF mit Qualität
Kulturlandschaft	Landwirtschaftlich genutzte Fläche im Alp-wirtschaftsgebiet	-1 400 ha p.a.	Reduktion des Waldeinwuchses um 20%
Tierwohl	Beteiligung am RAUS-Programm	72%	80%



2. Produktion und Absatz

- Qualitätsstrategie
- Marktordnungen
 - a) Tierische Produktion
 - b) Pflanzenbau



Produktion und Absatz

Qualitätsstrategie



Ziel

- Unterstützung der gemeinsamen strategischen Ausrichtung der Landwirtschaft und ihrer Partner auf Produktequalität

Massnahmen

- Verbesserung der Qualität und der Nachhaltigkeit der Produkte und der Prozesse. Unterstützung seitens des Bundes von kollektiven Massnahmen zur Förderung von Innovation und Zusammenarbeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette.
- Offizielle Qualitätszeichen (BIO, GUB-GGA, Berg- und Alperzeugnisse): Möglichkeit des Bundes, öffentliche Zeichen (Logos) festzulegen und diese für obligatorisch zu erklären
- Neue Kennzeichnung für besonders nachhaltig hergestellte Produkte



Produktion und Absatz Marktordnungen



Milchwirtschaft

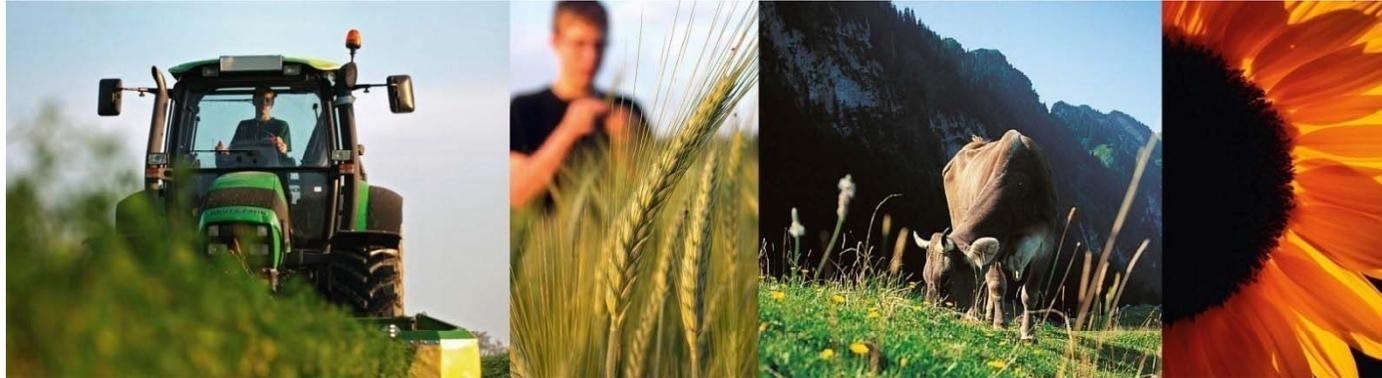
- Allgemeinverbindlichkeit für Standardmilchkaufvertrag
- Zulagen: Einführung eines Mindestfettgehalts; Erhöhung der Mittel aber keine Beitragshöhe im Gesetz (Verordnungsstufe)

Viehwirtschaft

- Keine Änderung bei Verteilung Zollkontingentsanteile
- Neue Grundlage für Entsorgung tierischer Nebenprodukte

Pflanzenbau

- Beiträge für Kulturen, die für Versorgung wichtig sind



3. Direktzahlungen

- Übersicht Konzept (Ziele und Massnahmen)
- Eintretens- und Begrenzungskriterien, ÖLN
- Direktzahlungsinstrumente



Direktzahlungen Konzept

Art. 104 BV

Sichere Versorgung

Pflege der Kulturlandschaft

Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Dezentrale Besiedlung des Landes

Förderung besonders naturnaher, umwelt- und tierfreundlicher Produktionsformen

Übergangsbeiträge

→ Sicherstellung einer sozialverträglichen Entwicklung

Kulturlandschaftsbeiträge

- Offenhaltung durch flächendeckende Bewirtschaftung
- Ausgleich Erschwernis
- Förderung der Sömmerung

Versorgungssicherheitsbeiträge

- Erhaltung Produktionskapazität
- Ausgleich Erschwernis
- Förderung Ackerbau und wichtige Einzelkulturen

Biodiversitätsbeiträge

- Erhaltung und Förderung der Arten- und Lebensraumvielfalt

Landschaftsqualitätsbeiträge

- Erhaltung, Förderung und Weiterentwicklung vielfältiger Landschaften

Produktionssystembeiträge

- Förderung besonders naturnaher, umwelt- und tierfreundlicher Produktionsformen

Ökologischer Leistungsnachweis ÖLN und Ressourceneffizienzbeiträge

→ nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen

Strukturelle und soziale Eintretens- und Begrenzungskriterien



Direktzahlungen

Eintretens- und Begrenzungskriterien

Heutiges Direktzahlungssystem	AP 2014-2017
Mindestarbeitsaufkommen: 0,25 SAK	Keine Änderung Anpassung der SAK-Faktoren
Mindestanteil betriebseigener Arbeitskräfte: 50%	Keine Änderung
Altersgrenze: 65 Jahre	Keine Änderung
Landwirtschaftliche Grundbildung	Aufhebung der Ausnahmen im Bereich Biodiversität und im Berggebiet; Nebenerwerbsskurs wird nicht mehr anerkannt
Einkommens- und Vermögensgrenze	Einkommens- und Vermögensgrenze nur bei Übergangsbeiträgen
Begrenzung pro Standardarbeitskraft	Erhöhung aufgrund der Anpassung der SAK-Faktoren
Abstufung der Beiträge nach Fläche und Tierzahl	Aufgehoben



Direktzahlungen

Ökologischer Leistungsnachweis ÖLN

Heutiges Direktzahlungssystem	AP 2014-2017
Artgerechte Haltung der Nutztiere	Keine Änderung
Ausgeglichene Düngerbilanz	Überprüfung der Methodik Suisse-Bilanz, Einführung HODUFLU und Aufhebung Vertragszwang bei Hofdüngerabgaben
Angemessener Anteil an ökologischen Ausgleichsflächen	Aufhebung der Anforderung in den BZ III und IV auf das Jahr 2018
Keine Regelung	Vorschriftsgemässe Bewirtschaftung nat. Inventare gemäss NHG
Geregelte Fruchtfolge	Keine Änderung
Geeigneter Bodenschutz	Statt generelle Vorgaben gezielte Massnahmen auf spezifischen Flächen
Gezielte Auswahl und Anwendung von Pflanzenschutzmittel	Keine Änderung



Direktzahlungen

Kulturlandschaftsbeiträge

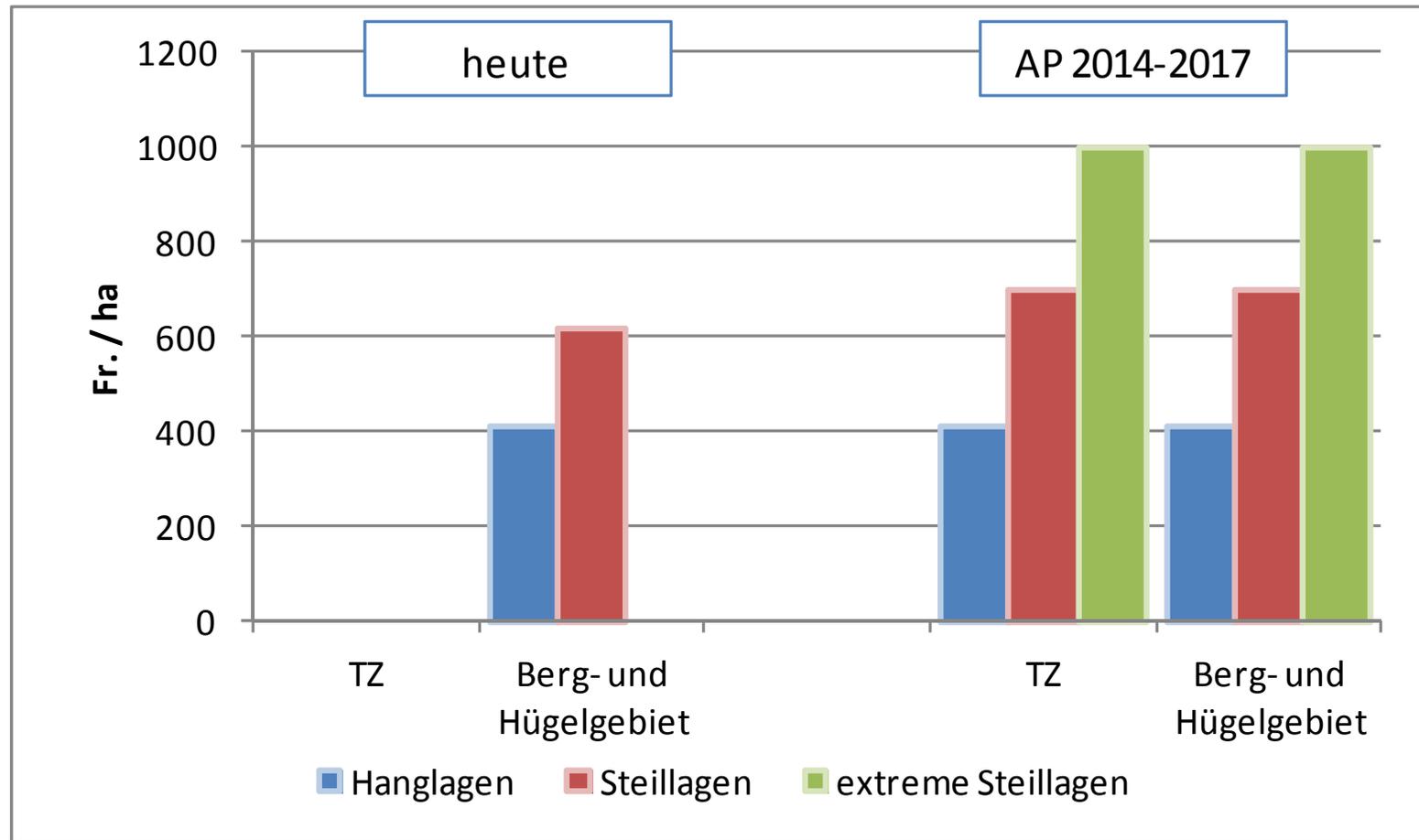


- Zonenbeitrag für Offenhaltung
- Hangbeitrag
- Alpungsbeitrag
- Sömmerungsbeitrag



Direktzahlungen: Kulturlandschaftsbeiträge

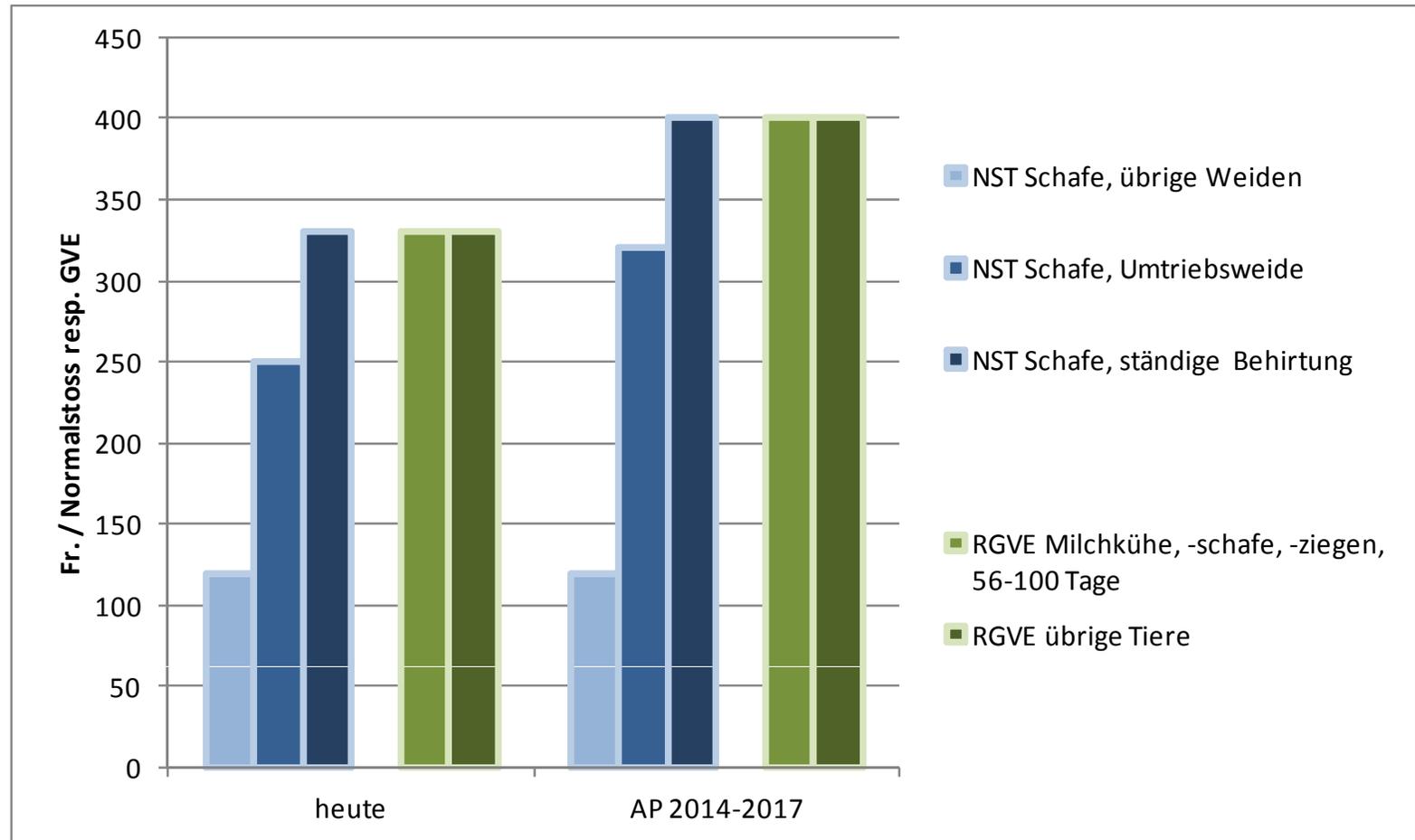
Hangbeitrag





Direktzahlungen: Kulturlandschaftsbeiträge

Sömmerungsbeitrag





Direktzahlungen

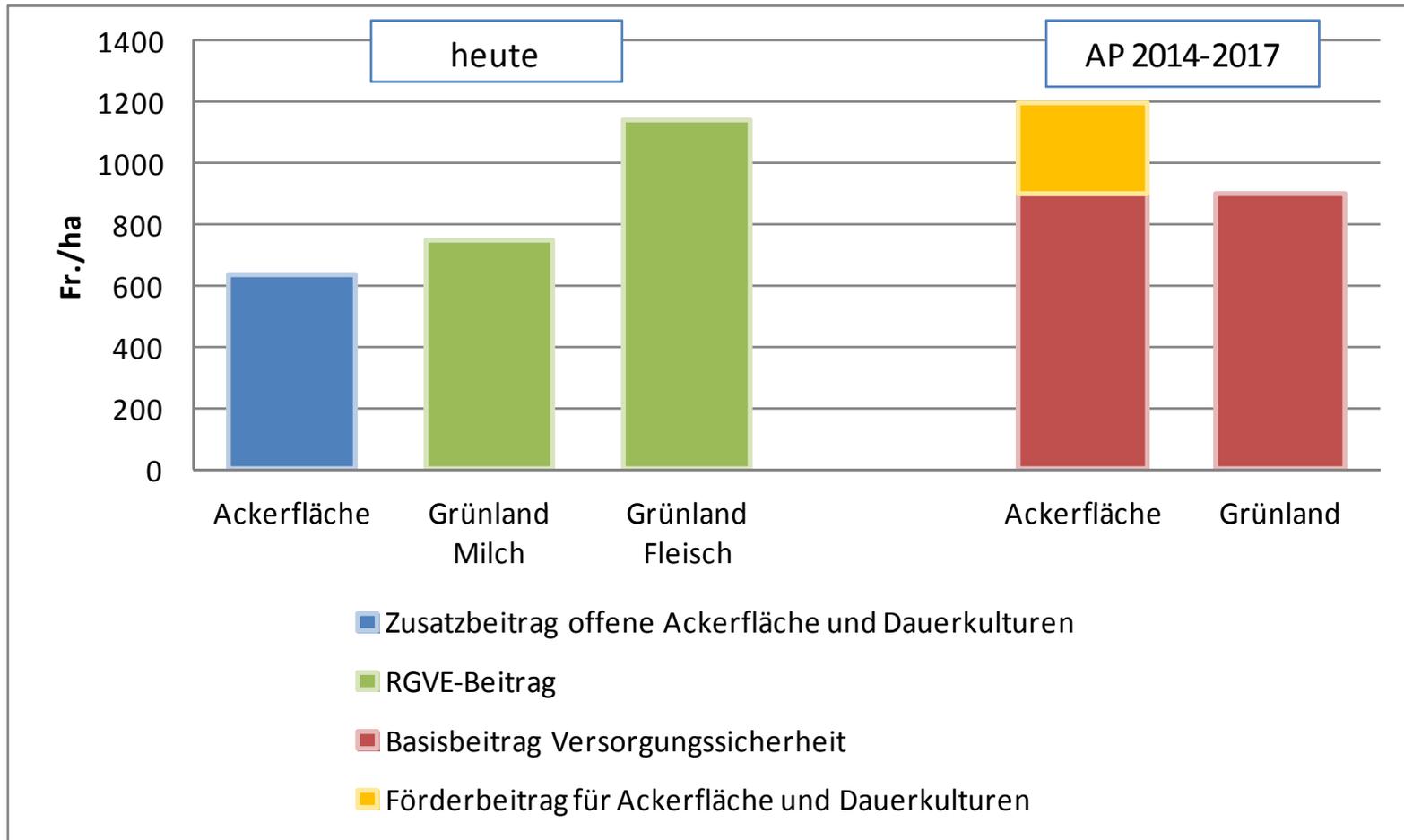
Versorgungssicherheitsbeiträge



- Heutige Mittel für Tierbeiträge (RGVE- und TEP-Beiträge) sowie Zusatzbeitrag für offene Ackerfläche werden in Basisbeitrag umgelagert
- Erhöhung der Stützung zugunsten des Ackerbaus (Zusatzbeitrag offene Ackerfläche ist heute tiefer als mittlerer RGVE-Beitrag pro ha), der stärker von der Aufhebung des allgemeinen Flächenbeitrags betroffen ist
- Sömmerungszuschlag im RGVE- und TEP-Beitrag wird in Alpungsbeitrag bei den Kulturlandschaftsbeiträgen überführt
- Differenzierung des Basisbeitrags nach Nutzungsintensität und Erhöhung der Eintrittsschwelle (Mindesttierbesatz)



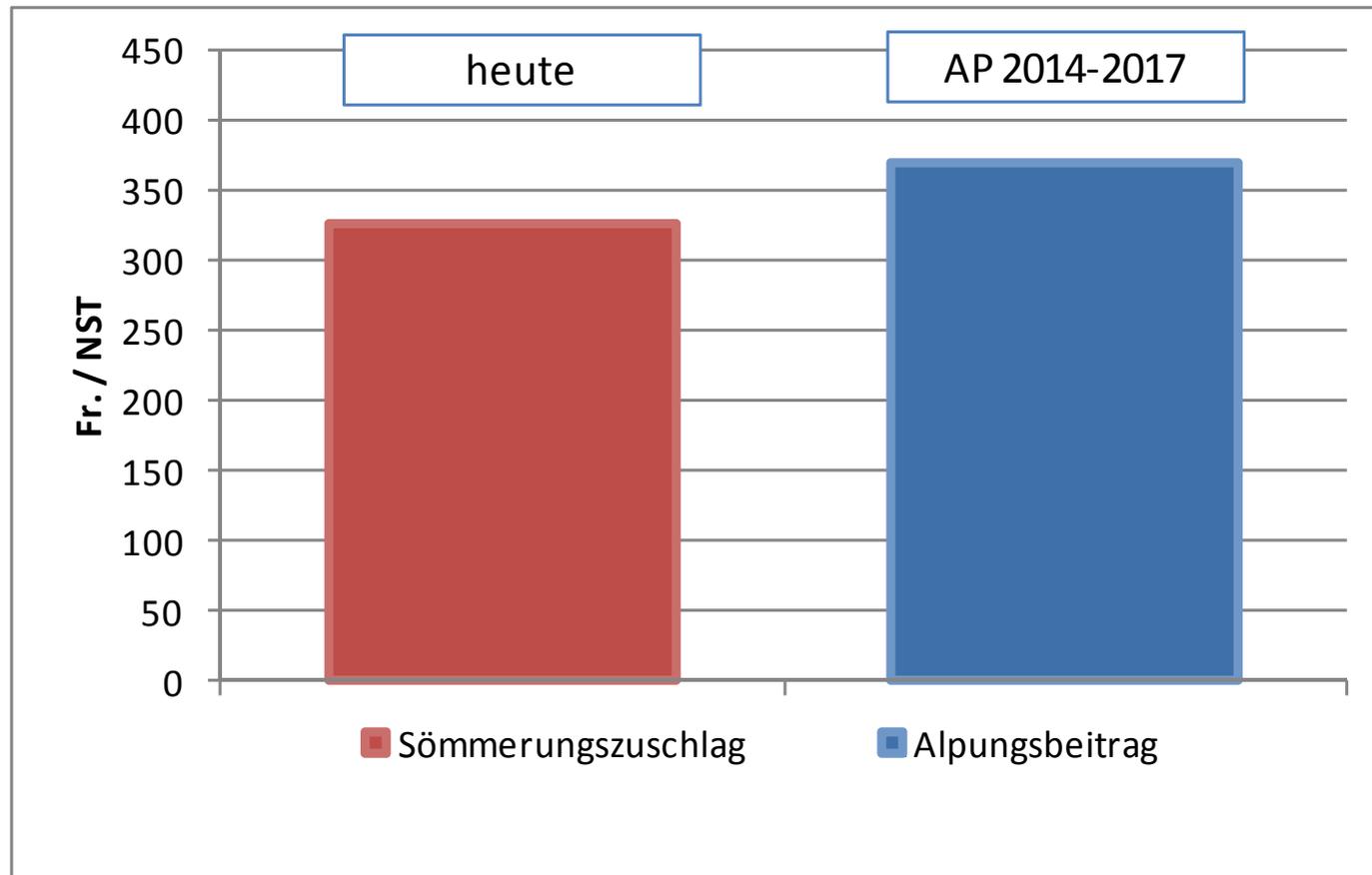
Direktzahlungen: Versorgungssicherheitsbeiträge Stützungsveränderung für Acker- und Grünland in der Talzone





Direktzahlungen: Versorgungssicherheits- / Kulturlandschaftsbeiträge

Förderung der Alpung





Direktzahlungen

Biodiversitätsbeiträge

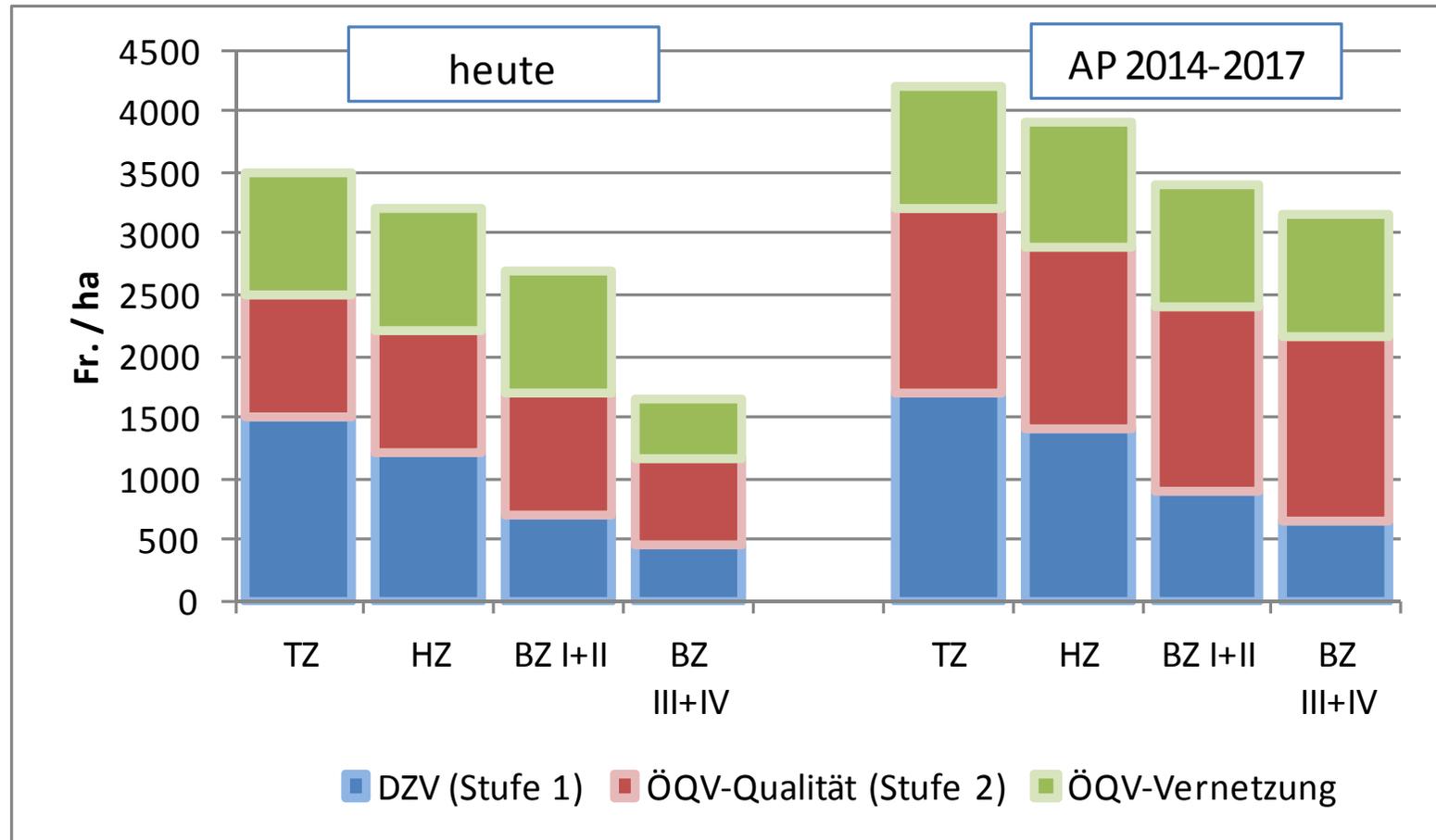


- Qualitätsbeitrag: nationale Inventare als zusätzliches Qualitätsniveau; Degression für Flächen mit ÖQV-Qualität in den Bergzonen III und IV aufgehoben
- Vernetzungsbeitrag: Standardmassnahmen, Degression in den Bergzonen III und IV aufgehoben
- Biodiversitätsbeitrag im Sömmerungsgebiet



Direktzahlungen: Biodiversitätsbeiträge

Extensiv genutzte Wiese





Direktzahlungen

Landschaftsqualitätsbeiträge



Ziel: vielfältige Kulturlandschaften

- Regionale Anliegen wie Waldweiden, Bergackerbau oder Erholungsnutzung können gezielt unterstützt werden
 - Spielraum der Region: Kantone erarbeiten Zielsetzung, Massnahmen- und Beitragskonzepte
 - Schlanke Umsetzung: Aufbau auf bestehende Grundlagen (LEK, PGI, Sachpläne ...), Koordination mit Vernetzung, vertragsbasierte Umsetzung auf freiwilliger Basis
 - LQ-Beiträge werden in 4 Pilotprojekten (AG/GR/JU/VD) konkretisiert, Umsetzung ab 2012
- Die spezifische Unterstützung der Kulturlandschaftspflege trägt zur Standortattraktivität der Regionen bei



Direktzahlungen

Produktionssystembeiträge



- Biologischer Landbau: Erhöhung der Anreize für Bio-Ackerbau und Spezialkulturen
- Extensoprogramm: Weiterführung der Massnahme
- Tierwohlprogramme BTS und RAUS: gezielte Erhöhung der Anreize für Tierkategorien mit aktuell geringer Beteiligung
- Beitrag zur Förderung der graslandbasierten Milch- und Fleischproduktion
- Vertiefung von weiteren Produktionssystemen wie Direktsaatverfahren zur langfristigen Verbesserung der Bodenstruktur

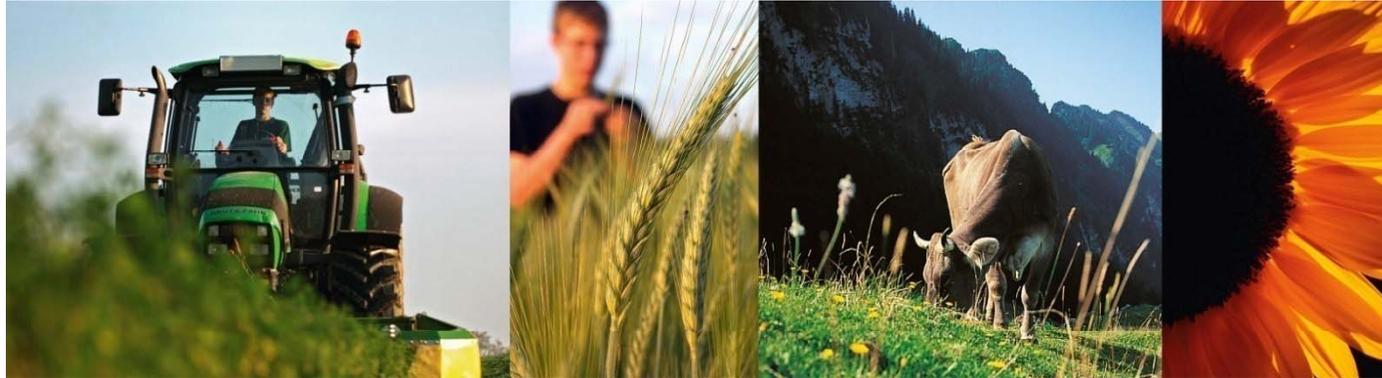


Direktzahlungen **Übergangsbeiträge**



Ziel: Sozialverträgliche Entwicklung des Übergangs

- Klare Unterscheidung zwischen leistungsbezogenen und sozial motivierten Direktzahlungen
- Hohe Transfereffizienz und verbesserte Flächenmobilität
- Beitrag ist übertragbar auf Betriebsnachfolger bei Übergaben von ganzen Betrieben
- Verbleibende Mittel werden sukzessive (innerhalb von 8 Jahren) in leistungsbezogene Direktzahlungen umgelagert



4. Soziale Begleitmassnahmen und Strukturverbesserungen

- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit
- Kulturlandschutz



Strukturverbesserungen

Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit

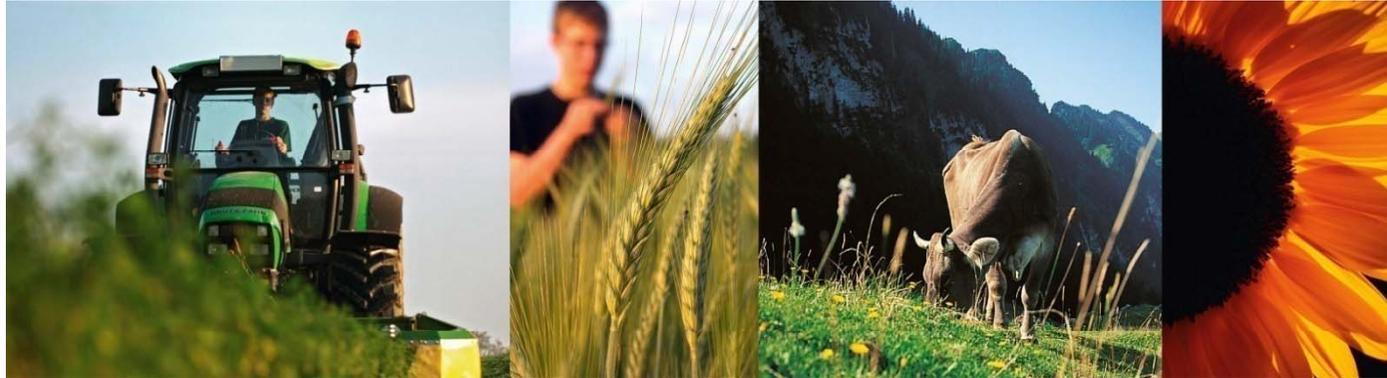
- Erhöhte Anforderungen bezüglich Finanzierung und Tragbarkeit von Investitionen unter Berücksichtigung des volatileren und dynamischeren Umfelds
→ langfristige Verbesserung der Wirtschaftlichkeit
- Anreizbeiträge für gemeinschaftliche Initiativen zur Kooperation der Betriebe
→ Senkung der Produktionskosten durch Ausnützung der Kostendegression grösserer Einheiten, bessere Auslastung der Investitionen
- Anpassung Pachtgesetz und neue Möglichkeiten durch GIS / GPS (wie Pachtlandarrondierungen, freiwillige Nutzungsabtausch oder virtuelle Flurbereinigungen)
→ Verbesserung der überbetrieblichen Zusammenarbeit durch Optimierung der Bewirtschaftungsstrukturen



Strukturverbesserungen

Schutz des Kulturlandes

- Beitragsberechtigte Flächen: Ausschluss von Flächen in Bauzonen von den Direktzahlungen
- Behördenbeschwerderecht des BLW gegen die Zuweisung von Fruchtfolgeflächen (FFF) in eine Bauzone
- Landumlegung: Möglichkeit zur Anordnung auch bei Nutzungsplanungen
 - Die AP 14-17 leistet einen Beitrag zur Verstärkung des Kulturlandschutzes
 - Weitergehende Massnahmen sind im Rahmen der Revision des Raumplanungsgesetzes notwendig



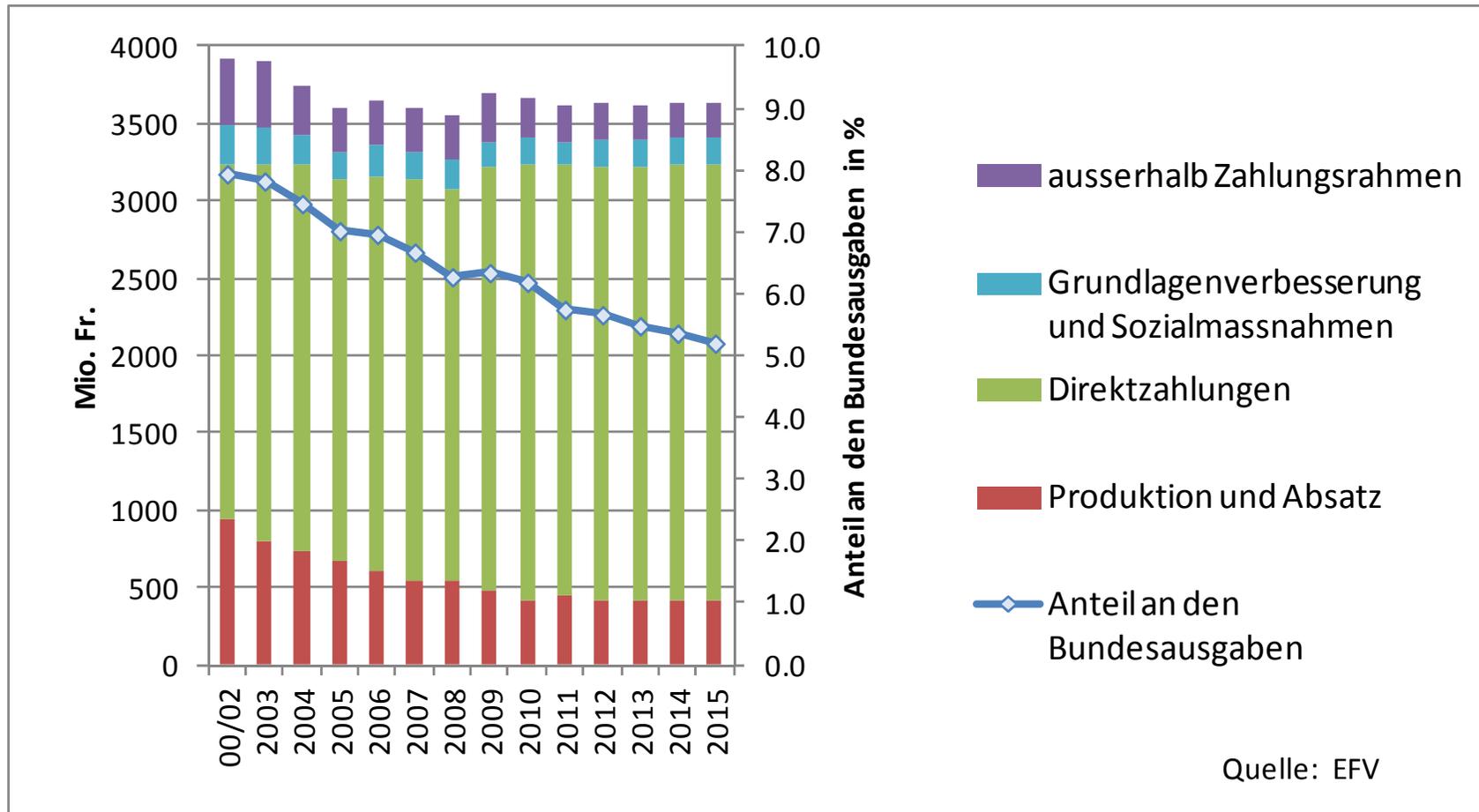
5. Zahlungsrahmen 2014-2017

- Zahlungsrahmen im Überblick
- Mittelverteilung Direktzahlungen



Zahlungsrahmen 2014-2017

Ausgaben des Bundes für Landwirtschaft und Ernährung





Zahlungsrahmen 2014-2017

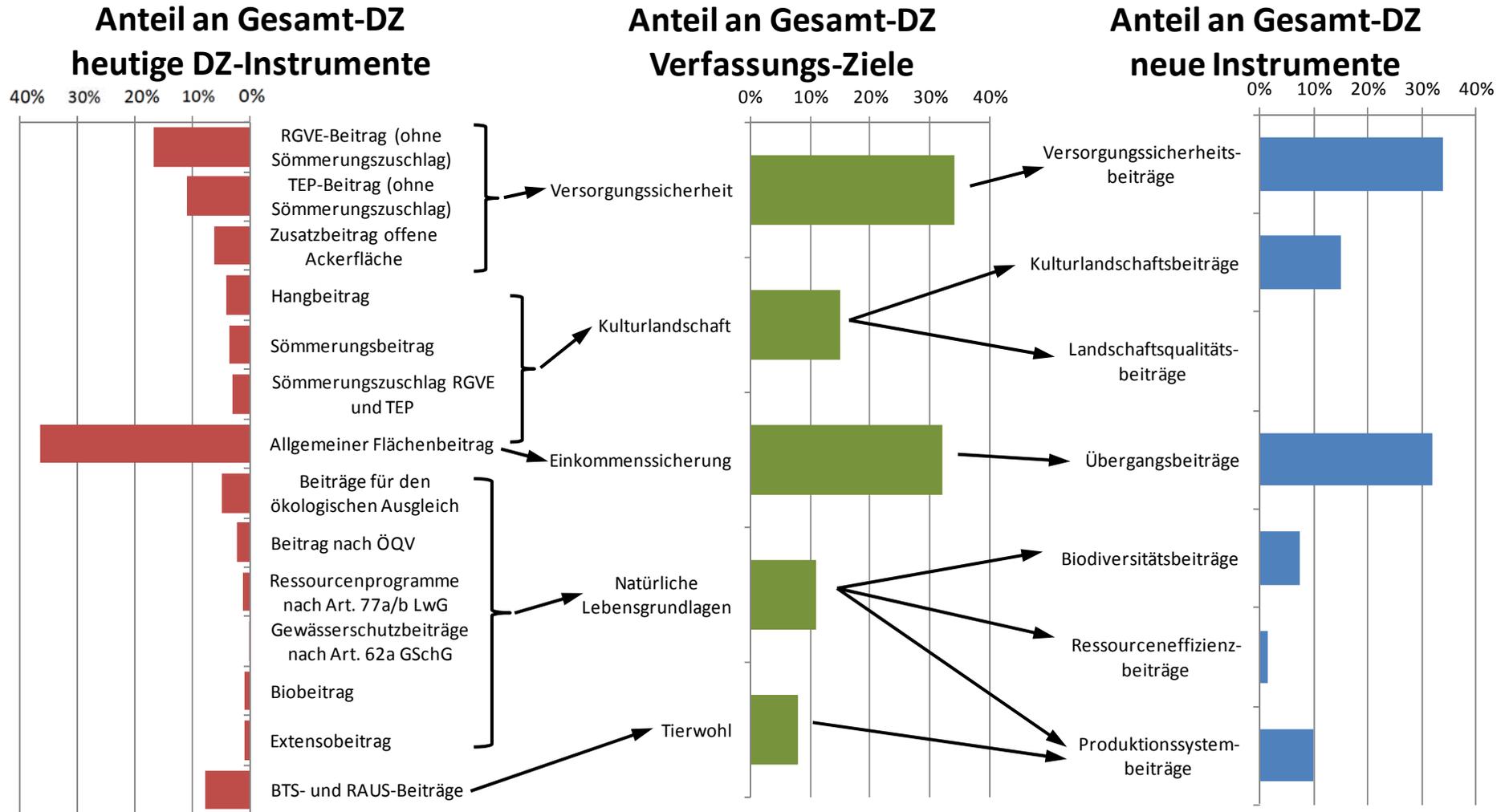
Übersicht über die 3 Zahlungsrahmen

(in Mio. CHF)	B 2012	2014	2015	2016	2017	Total 14-17
Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen	194	159	159	160	160	638
Produktion und Absatz	447	442	442	445	447	1 776
Direktzahlungen	2 809	2 814	2 814	2 814	2 814	11 256
Total	3 450	3 415	3 415	3 419	3 421	13 670



Zahlungsrahmen 2014-2017: Direktzahlungen

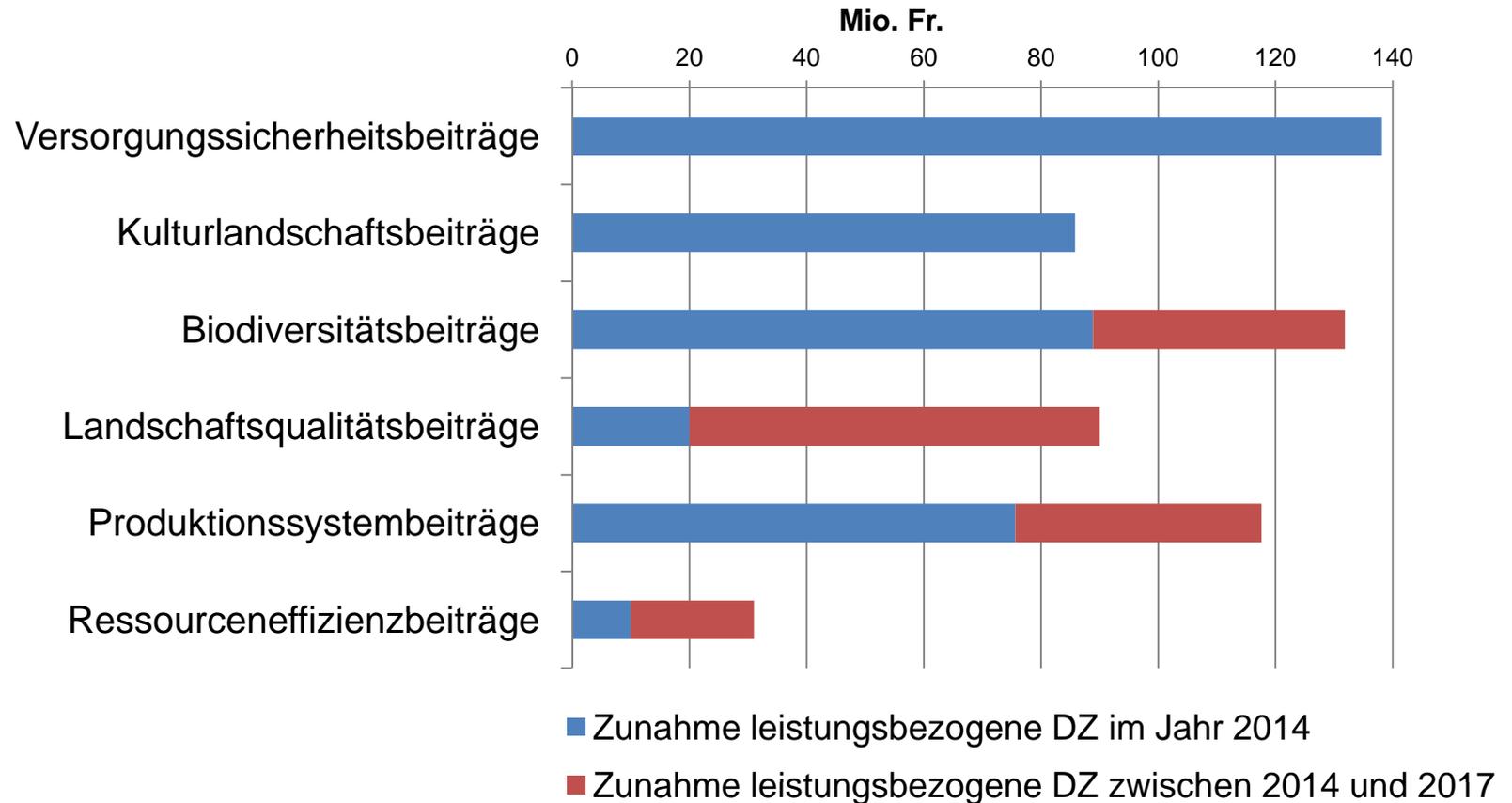
Heutige Instrumente → Ziele





Zahlungsrahmen 2014-2017: Direktzahlungen

Zunahme leistungsbezogene DZ



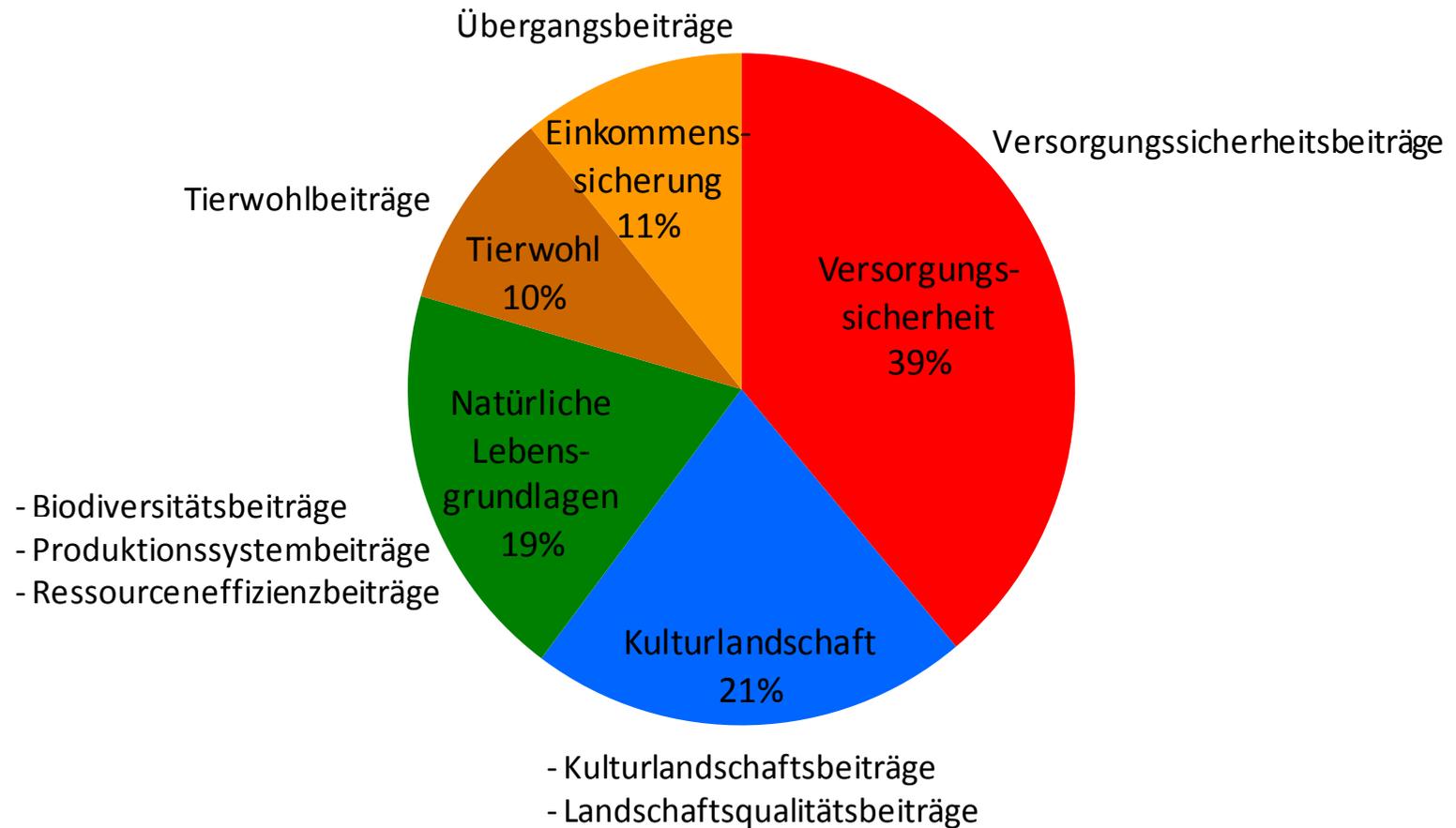
Im Gegenzug werden Übergangsbeiträge entsprechend reduziert.

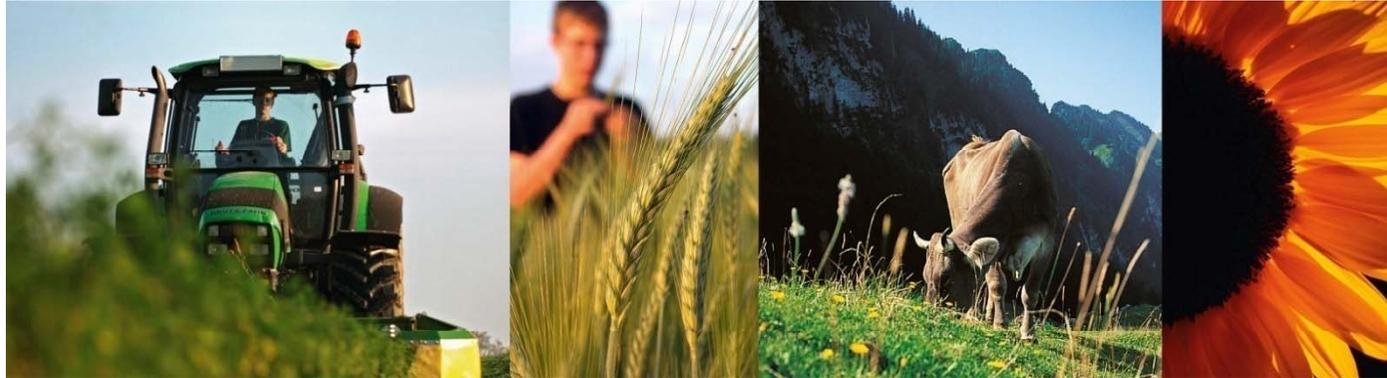
→ 2014: 480 Millionen Franken

→ 2017: 300 Millionen Franken



Zahlungsrahmen 2014-2017: Direktzahlungen Mittelverteilung im Jahr 2017





6. Berücksichtigung der Anliegen aus der Vernehmlassung



Berücksichtigung Vernehmlassung

Zwei grosse Spannungsfelder

Spannungsfeld 1: Versorgungssicherheitsbeiträge (VSB)

Politische Gruppe	Berücksichtigte Anliegen	Nicht / nur teilw. berücksichtigte Anliegen oder Konflikte
Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none">• Erhöhung VSB (Basis: +50 → 900 Fr./ha) (Ackerförderung: +100 → 300 Fr./ha)• Alpungsbeitrag und Diff. nach Nutzungsintensität	<ul style="list-style-type: none">• Erhöhung der VSB um 40%• Weiterführung Tierbeiträge
Umwelt	<ul style="list-style-type: none">• Umlagerung Tierbeiträge wie in VNL vorgesehen	<ul style="list-style-type: none">• Starke Reduktion des VSB-Basisbeitrags
Wirtschaft		<ul style="list-style-type: none">• Keinen VSB-Basisbeitrag

Spannungsfeld 2: Übergangsbeiträge (ÜGB)

Politische Gruppe	Berücksichtigte Anliegen	Nicht / nur teilw. berücksichtigte Anliegen oder Konflikte
Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none">• Reduktion der ÜGB auf 480 Mio. Fr.	<ul style="list-style-type: none">• Starke Reduktion der ÜGB auf maximal 280 Mio. Fr.
Umwelt	<ul style="list-style-type: none">• Stärkere Förderung Berggebiet, Tierwohl und BIO	<ul style="list-style-type: none">• ÜGB wie in VNL vorgesehen belassen
Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none">• Stärkere Förderung des Berggebiets	<ul style="list-style-type: none">• Erhöhung der ÜGB auf 900 Mio. Fr.



Berücksichtigung Vernehmlassung

Gründe für Umlagerung Tierbeiträge

- **Heutige Tierbeiträge führen zu einer unerwünschten Intensivierung der Tierhaltung**
 - Überschüsse auf dem Milchmarkt, Preisdruck und Forderung nach weiteren staatlichen Interventionen
 - Tierbeiträge können zu tieferen Arbeitsverdiensten führen, da die intensive Tierhaltung mit hohen Kosten verbunden ist
 - Negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Artenvielfalt
 - Marktverzerrende Massnahme gemäss WTO
- **Vorgeschlagene Anpassungen berücksichtigen bäuerliche Anliegen unter Wahrung der Vorteile des Systemwechsels**
 - Mit Abstufung der VSB nach Nutzungsintensität und leichter Erhöhung des Mindesttierbesatzes wird sinnvolle Graslandnutzung ermöglicht
 - Mit Alpungsbeitrag wird ausreichende Bestossung des Sömmerungsgebiets sichergestellt
 - Leichte Erhöhung der Mittel erleichtert Übergang für die Tierproduzenten



Berücksichtigung Vernehmlassung

Die Anpassungen im Überblick

- Landwirtschaft
- Umwelt
- Wirtschaft

Allgemeine Bestimmungen

- Umwelt - Tierwohl in Zweckartikel des LwG aufnehmen
- Landwirtschaft - Vorschlag Mehrheit WAK-N bezüglich Ernährungssouveränität aufnehmen

Produktion und Absatz

- Landwirtschaft - Qualitätsstrategie verstärken und Milchkaufverträge verbindlich regeln
- Landwirtschaft - Mindestfettgehalt für Milchzulagen festlegen und Mittel erhöhen

Direktzahlungen

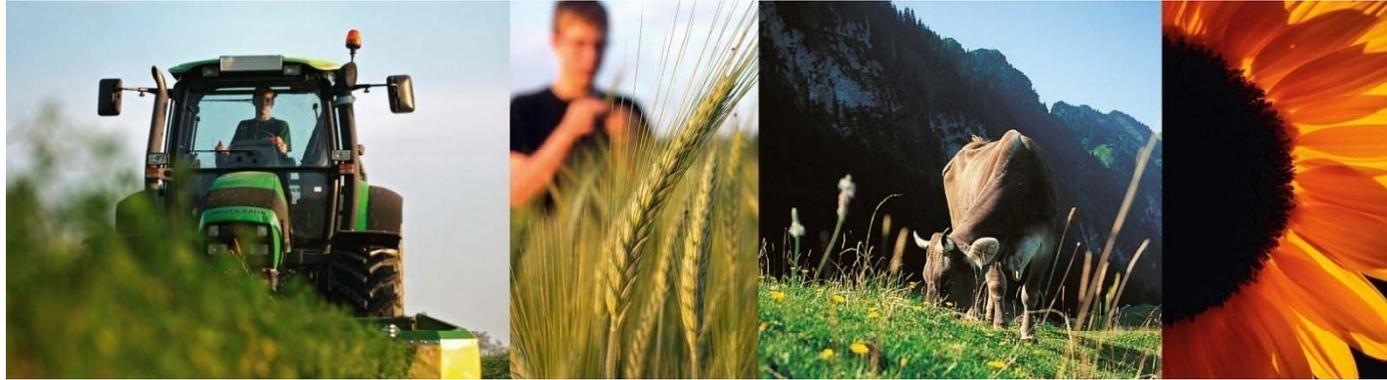
- Umwelt/Landwirtschaft - Auf Erhöhung der SAK-Einstiegsgrenze im Talgebiet verzichten
- Umwelt/Landwirtschaft - Beitragsbegrenzung pro SAK weiterführen
- Landwirtschaft - Versorgungssicherheitsbeitrag nach Nutzungsintensität differenzieren
- Landwirtschaft - Alpungsbeitrag für Ganzjahresbetriebe einführen
- Landwirtschaft - Prozess bei Landschaftsqualitätsbeiträgen vereinfachen
- Umwelt/Landwirtschaft - Übergangsbeiträge betriebsbezogen ausrichten

Mittelverteilung bei den Direktzahlungen

- Landwirtschaft - Versorgungssicherheitsbeiträge erhöhen (Basisbeitrag und Ackerförderung)
- Wirtschaft/Umwelt/Landwirtschaft - Direktzahlungen fürs Berggebiet erhöhen (Hangbeiträge, Sömmerung)
- Umwelt - Beiträge für Biolandbau, Grasmilch und -fleisch sowie Tierwohl erhöhen
- Landwirtschaft - Übergangsbeiträge von 650 auf 480 Mio. Fr. reduzieren (2014)

Strukturverbesserungen

- Wirtschaft - Massnahmen zur Kostenreduktion verstärken
- Wirtschaft - Unerwünschte Konkurrenzierung des regionalen Gewerbes verhindern

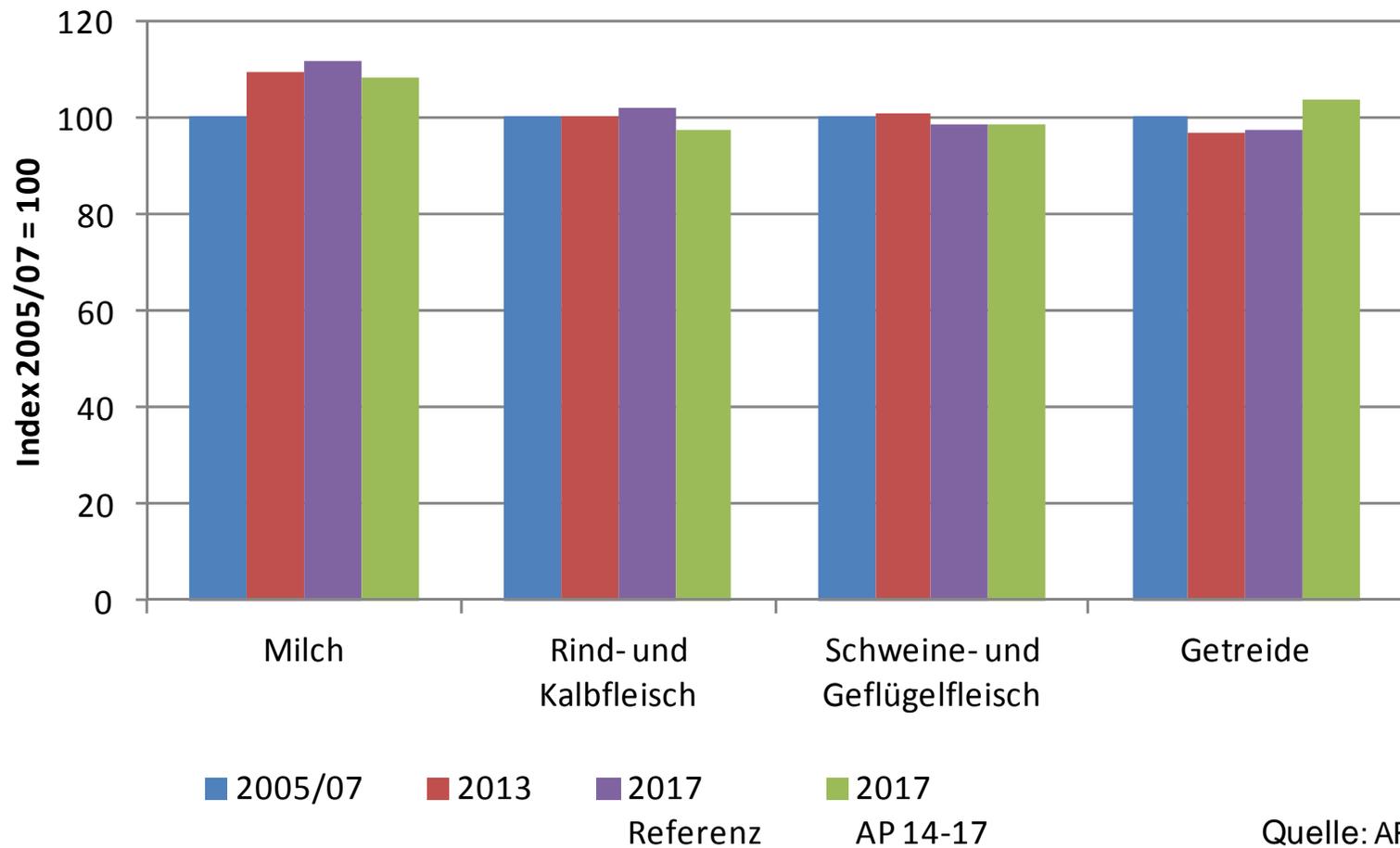


7. Auswirkungen



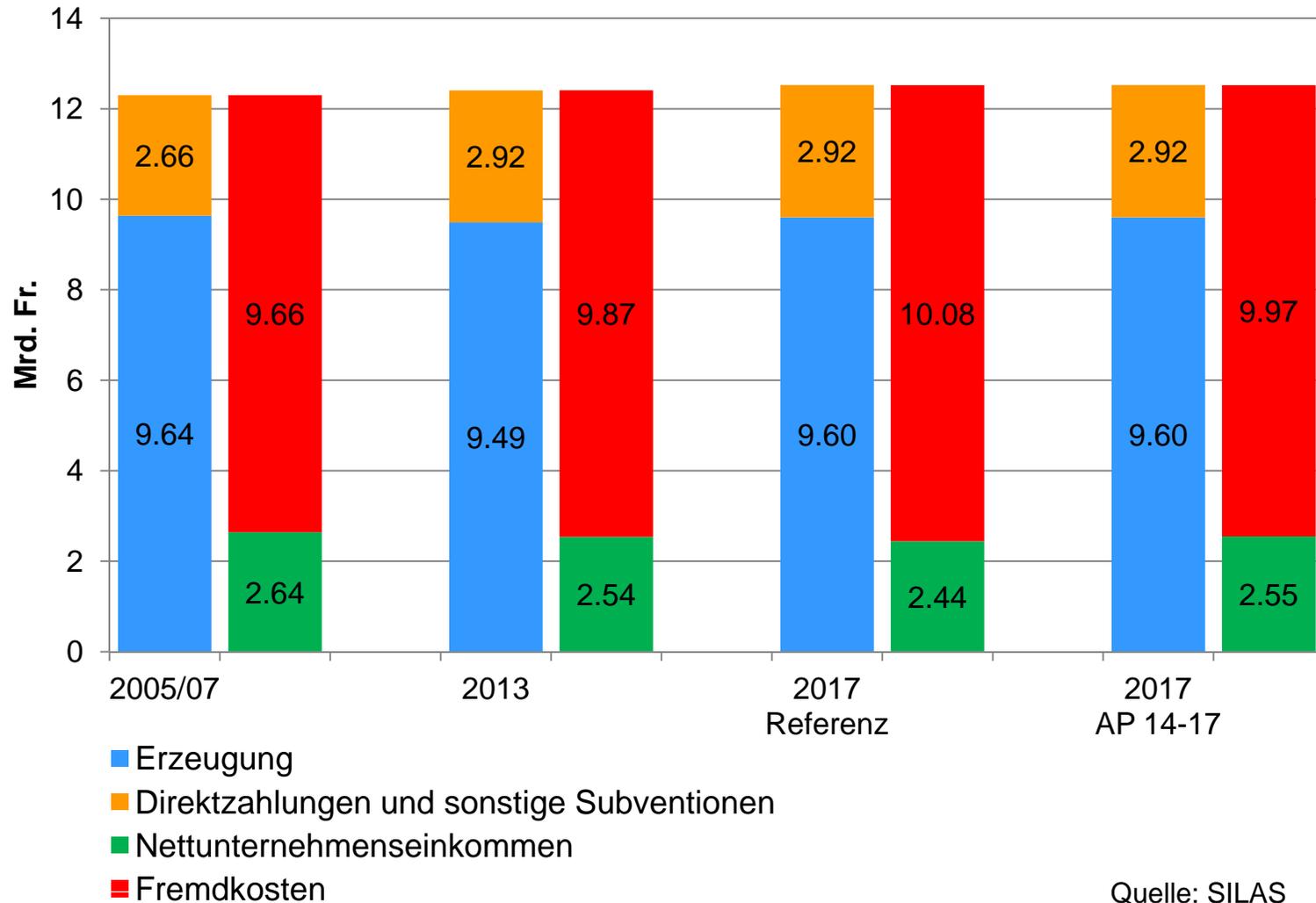
Auswirkungen

Tierische und pflanzliche Produktion





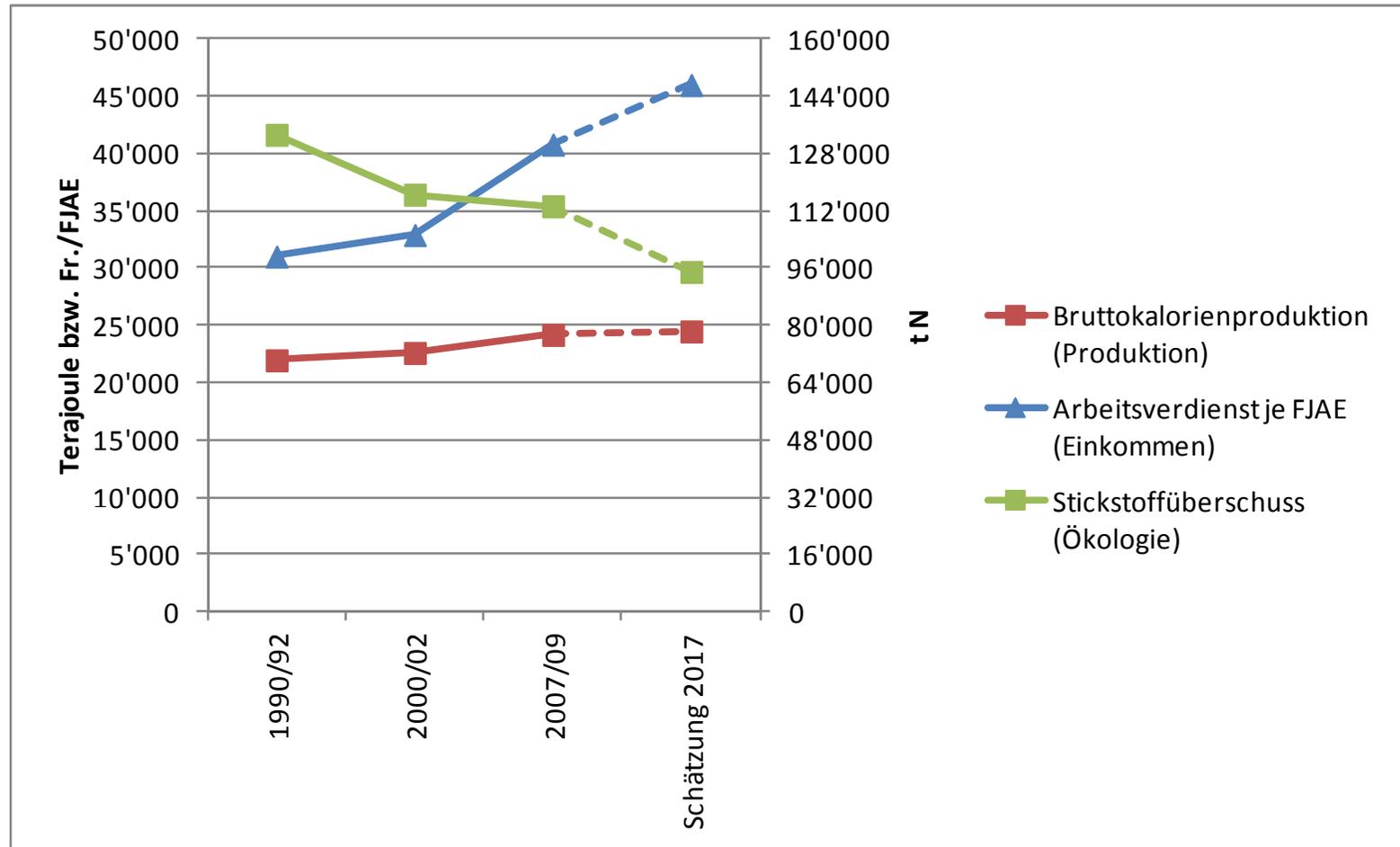
Auswirkungen Sektoreinkommen





Auswirkungen

Positive Auswirkungen auf Produktion, Einkommen und Ökologie





Schlussfolgerungen

- Teilweise widersprüchliche Anliegen aus der VNL wurden soweit wie möglich berücksichtigt
- Auswirkungen gehen in allen Bereichen in die richtige Richtung
 - Produktion steigt um 3-5 Prozent
 - Umwelt- und Tierwohleistungen steigen
 - Sektoreinkommen ist rund 110 Millionen höher als mit Weiterführung der bisherigen Politik
- Innovation und Wettbewerbsfähigkeit werden gestärkt → bessere Voraussetzung für Bewältigung der Marktöffnung
- Effizienz der agrarpolitischen Instrumente steigt → Glaubwürdigkeit und Legitimation der Direktzahlungen wird verbessert





Ausgangslage

Fahrplan Agrarpolitik 2014-2017

Umsetzungsschritte	Termin
Vernehmlassung	23.3.-29.6.2011
Verabschiedung Botschaft	1.2.2012
Behandlung in Parlament	ab April 2012
Vernehmlassung zum Verordnungspaket	Sommer 2013
Inkrafttreten	1.1. 2014



**Besten Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Schweiz. Natürlich.